

Vor 50 Jahren

"Wird Hohenfels wieder Truppenübungsplatz?"

Die Ereignisse des Jahres 1951 prägten unsere Heimat.

(von Paul Böhm, Schmidmühlen)



Hoch über dem Lauterachtal.....

Die Ruine der Burg Hohenburg, dem einstmaligen Stammsitz der Grafen von Hohenburg im Nordgau.

Das Schloss wurde schon vor dem Jahr 1000 von den Grafen von Hohenburg gebaut.

Heute liegt das Hohenburger Wahrzeichen im Truppenübungsplatz Hohenfels, Landkreis Neumarkt.

Erinnern sie sich noch?

Vor 50 Jahren ging diese Frage wie ein Lauffeuer, eine Hiobsbotschaft durch das Hohenfelser Land.

Was war geschehen?

Im Brennpunkt der schwelenden Koreakrise und den stetig steigenden Spannungsfeldern mit der ehemaligen Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten forderte die US- Militärregierung für ihre im süddeutschen Raum stationierten Verbände der 7. US Army weitere Übungseinrichtungen.

Im März 1951 waren Zivilbeamte der US Militärregierung im Rathaus der Marktgemeinde Hohenfels erschienen. Sie interessierten sich für die wirtschaftliche Lage des Hohenfelser Landes und seine Bevölkerungsstruktur. Dieser Besuch hinterließ bei den befragten Personenkreisen zunächst den Eindruck, dass er einer allgemeinen Information diene, womöglich aber auch im Zusammenhang mit einer US- Wirtschaftshilfe oder Förderung stehen könnte.

Er führte jedoch bald zu der Vermutung, dass die Besatzungsmacht sich allgemein über das Hohenfelser Land und seiner westlich davon gelegenen Gemeinden Geroldsee, Griffenwang, Lutzmannstein, Pielenhofen, aber auch Gemeindeteilen von Hörmannsdorf, Schmidmühlen und Hohenburg sowie den damaligen Gemeinden Adertshausen, Allersburg, Utzenhofen und Ransbach informieren wollte, um selbst prüfen zu können, ob ihr möglicher Anspruch auf einen Truppenübungsplatz vertretbar und erfolgversprechend sei.

Doch an die Verwirklichung solch eines immensen Vorhabens glaubte niemand ernsthaft, weil es eben keiner wahrhaben wollte.



Die Pfarrkirche "St. Nikolaus" in

Pielenhofen.

Das Gotteshaus wurde um 1400 erbaut und 1632 von den Schweden niedergebrannt.

Die Matrikel der Diözese Regensburg führt Pielenhofen im Jahre 1916 als Pfarrhof mit 44 Häusern und 241 Seelen. 1951 musste es im Zuge der Erweiterung des Truppenübungsplatzes vollständig geräumt werden. 238 Einwohner verloren ihre Heimat.

Pielenhofen war in der Folge starkem Beschuss ausgesetzt, da es im Zentrum einer Schießbahn lag.

Bereits im Sommer 1952 wurde es durch Brand und Beschuss weitgehend zerstört. Heute sind nur mehr Grundmauern vorhanden.

Nicht einmal Gerüchte liefen um, und die lokale Zeitung, die "Parsberg-Hemauer-Umschau" wusste in dieser Zeit nur von allgemeinen Begebenheiten zu berichten:

3. Mai 1951: in der Ortschaft Pielenhofen wird der Kirchturm gestrichen.

9. Mai 1951: Protestversammlung in Hohenburg. Sieben Anliegergemeinden fordern die Rückgabe ihrer Grundstücke, die sie 1938 an den Übungsplatz für die Deutsche Wehrmacht abtreten mussten. Die damaligen Entschädigungssummen hatten sie durch den Krieg und die nachfolgende Währungsreform verloren.

Im Juni 1951 berichtet die regionale Zeitung wiederholt über die bei Land und Bund vorgebrachten Anträge, die Kreise Parsberg und Neumarkt zu Notstandgebieten zu erklären.

Siedler wünschten Klarheit über die Eigentumsverhältnisse des Wehrmachtsübungsplatzes, der mit der Gemeinde Nainhof die flächenmäßig größte Gemeinde beheimatete.

Am 4. Juli berichtet die Heimatzeitung über einen erfolgreichen 100-stündigen Pumpversuch aus einem über 90 Meter tiefen Brunnen der Wasserversorgung Lutzmannstein.



"St. Sebastian" in Kittensee

Die spätgotische Kirche von Kittensee wurde 1420 erbaut.

Kittensee gehörte ursprünglich zur Pfarrei Hausen, 1744 kam der Ort von der Pfarrei Hausen an die Pfarrei Allersburg und von dort am 7. Oktober 1868 als Filiale an die Pfarrei Pielenhofen.

Das Dorf Kittensee wird 1916 in der Matrikel der Diözese Regensburg als Dorf mit 14 Häusern und 97 Seelen beschrieben.

"Wird Hohenfels wieder Truppenübungsplatz?"

Diese Überschrift einer Meldung im lokalen Teil der "Parsberg-Hemauer-Umschau" am 9. Juli 1951 war der erste Hinweis auf eine mögliche Abtretung des ehemaligen Truppenübungsplatzes und eine Westerweiterung an die amerikanische Besatzungsmacht.

Im Juni 1951 hatte die Besatzungsmacht eindringlich für ihre im süddeutschen Raum stationierten Truppen der 7. US Army von der Bundesrepublik Deutschland die Abtretung eines Truppenübungsplatzes gefordert.

Von den Amerikanern wurde zwar in ersten Gesprächen sowohl Hammelburg als auch Hohenfels abgelehnt. Aber unter dem Handlungsdruck der Koreakrise hatte die Besatzungsmacht nach weiteren Übungsplätzen für ihre in Süddeutschland stationierten Truppenverbände verlangt und erwartete nun eine rasche Entscheidung der Bundesregierung.



*Dem Verfall preisgegeben! Nur noch wenige Jahre wird es dauern, bis auch die Reste der **Griffenwanger Kirche**, wie das noch erhaltene Quadersteinmauerwerk und der mit Holzschindeln eingedeckte Kirchturm verschwunden sein werden.*

*Die **Katharinenkirche in Griffenwang** war Nebenkirche der Pfarrei Pielenhofen*

Die Bundesregierung in Zugzwang!

Die Bundesregierung konnte sich angesichts des bereits in dieser Zeit im Gespräch befindlichen Truppenvertrages und des möglichen deutschen Verteidigungsbeitrages den amerikanischen Forderungen nicht mehr verschließen.

Trotz der ersten Ablehnung durch die Amerikaner und trotz ihrer Forderung nach einer Übungsmöglichkeit, die den Umfang des Wehrmachtsübungsplatzes weit überstieg, rückte Hohenfels als Ersatz für Hammelburg bei den zuständigen deutschen Regierungsstellen immer mehr in den Vordergrund.

Historischen Betrachtungen nach scheint es nicht ausgeschlossen, dass das damalige Bundeskanzleramt nicht nur die zukünftige politische Entwicklung zu berücksichtigen hatte,

sondern dass auch die ihm sicher bekannte, schwierige und kostenintensive wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes bei allen Erwägungen maßgeblichen Einfluss aufgeübt hat.

Am 25. Juli 1951 sprach der Regensburger Bundestagsabgeordnete Karl Kahn bei einer Unterredung in Parsberg erstmals offen die Anforderungen an einen modernen Übungsplatz für schwere Artillerie und Panzerwaffen aus. Eine Ausweitung auf 20 – 25 Kilometer Länge und 10 – 15 Kilometer Breite würde unbedingt notwendig sein.

Das am 31. Juli 1951 geführte Gespräch des Abgeordneten Karl Kahn und Ministerialdirektor Dr. Losch von der Dienststelle Blank machte wiederum deutlich, dass Hohenfels als Ersatz für Hammelburg ernstlich erwogen wurde.

Ist da noch etwas zu machen?

Daraufhin nahmen die Landräte von Parsberg und Neumarkt in einer Denkschrift zu dem Vorhaben nochmals ausführlich in der Hoffnung Stellung, dass die Beschlagnahme und Ausweitung des Übungsplatzes Hohenfels vermieden werden könne.

Die Abtretung stand aber bei der Dienststelle Blank zu diesem Zeitpunkt so gut wie fest.

"Hohenfels wird wieder Truppenübungsplatz"

Damit war auch gleichzeitig der amerikanischen Forderung nach einer Westausdehnung des alten Übungsplatzes entsprochen worden, nachdem die Amerikaner den weniger Opfer verursachenden deutschen Vorschlag für die Nordausdehnung in das Staatswaldgebiet des Hirschwaldes bis vor die Tore von Amberg abgelehnt hatten.



"St. Ägid" Bergheim

Zur Pfarrei gehörte Bergheim nach Schmidmühlen, wo auch die Kinder zur Schule gingen.

Ursprünglich gehörte die Schlosskirche zur Pfarrei Vilshofen, wurde jedoch 1813 nach Schmidmühlen umgepfarrt. Das Kirchenschiff ist ein mittelalterlicher Quaderbau aus dem 12.

Jahrhundert. Am 22. Februar 1972 wurde das Kirchlein zu Übungszwecken gesprengt und hierbei stark beschädigt.

Die Dienststelle Blank vom Bundeskanzleramt stellte die Weichen!

Mit der Zusage der Dienststelle Blank vom 31. Juli 1951 aus dem Bundeskanzleramt war eigentlich die Westausdehnung des Truppenübungsplatzes Hohenfels beschlossene Sache geworden. Damit war auch gleichzeitig der amerikanischen Forderung nach einer Westausdehnung des alten Truppenübungsplatzes entsprochen, nachdem die Amerikaner den weniger Opfer verursachenden deutschen Vorschlag für die Nordausdehnung in das Staatswaldgebiet des Hirschwaldes abgelehnt hatten. Nach Ansicht des Generals Heusinger bei der Dienststelle Blank wäre die Nordausdehnung nach militärischen Gesichtspunkten möglich gewesen. Doch die Amerikaner blieben bei ihrer Entscheidung für die Westausdehnung, die sich bis auf folgende Linie erstrecken sollte:

Hohenburg, Allersburg und Ransbach außen lassend, desgleichen Mühlhausen und Utzenhofen; weiter über Zapfel, Prönsdorf, über den Weidelberg, Neukirchenwinn, Reichertswinn, Sommerhof, Diestelhof, über den Kohlberg und Kuilbügel, hart ostwärts an Velburg vorbei, weiter nach Südosten über den Pfahlersberg, Freudenricht einschließend, Breitental, Hörmannsdorf und Großbissendorf außen lassend bis zur Grenze des ehemaligen Truppenübungsplatzes über Hohenfels entlang des Forellenbachtals bis Rohrbach, dem Vilstal aufwärts folgend bis Schmidmühlen und im Lauterachtal über Brunnhof, Schwarzmühle bis Adertshausen und schließlich wieder Hohenburg.



So gut erhalten wie dieses alte Bauernhaus in Waltersheim, zwischen Schmidmühlen und Adertshausen gelegen, findet man nur noch wenige Zeitzeugen, die an die Geschichte vor 50 Jahren erinnern. Der "Rösch ´n Hof" von Englbert und Kreszenz Eichenseer hatte zum Zeitpunkt der Ablösung im Jahre 1951 eine Größe von 104 Hektar.

Der Ort Waltersheim gehörte zur Gemeinde Bergheim.

Zur Pfarrei und zur Schule gingen die Waltersheimer nach Schmidmühlen.

Beschlussfassung fiel bei den "Amberger Gesprächen"

"Keiner wusste, wie schnell alles gehen sollte"

Am 7. August 1951 konnten sich Vertreter der 7. US-Army, des US Standortes Nürnberg, Vertreter der Bundesregierung und des Landes Bayern sowie der Resident-Officer aus Parsberg in einer Besprechung in Amberg auf eine um etwa 25 Quadratkilometer verminderte Westausdehnung einigen. Damit war die Gesamtabtretung von ursprünglich 185 Quadratkilometer auf etwa 160 Quadratkilometer reduziert worden.

Die Anzahl der auszusiedelnden landwirtschaftlichen Anwesen des Erweiterungsgebietes verringerte sich von 265 auf 171.

Am 13. August 1951 beschloss der Bayerische Ministerrat, den Amerikanern Hohenfels abzutreten. Der ungefähre Grenzverlauf wurde am 17. August 1951 in Parsberg von Vertretern der US- Militärbehörden und deutschen Dienststellen festgelegt. Die amerikanische Zustimmung zu dem Grenzverlauf wurde am 24. August 1951 vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten von Amerika durch dessen Vertreter W. Pierce Mac Coy bestätigt.

Erst der dritte Vorschlag wurde angenommen.

Es war insgesamt der dritte Vorschlag der Vertreter der Bayerischen Landesregierung gewesen, der von den Amerikanern angenommen wurde.

Lediglich im Raum Danthersdorf und bei St. Colomann war man von Seiten der Fachbehörde EUCOM bereit, kleiner Zugeständnisse für eine praktikable Abrundung zu machen.

Untergeordnete Behörden wussten nicht Bescheid!

Die innerhalb einer kurzen Zeitspanne getroffenen schwerwiegenden Entscheidungen und die, nur auf hohen Ebenen geführten Verhandlungen scheinen jedoch nicht immer zur Kenntnis untergeordneter Behörden gelangt zu sein. Am 30. Juli 1951 berichtete die "Parsberg-Hemauer Umschau" über die Tagung des Flüchtlingsausschusses in Parsberg, bei der ein Sprecher ausführte, dass zum einen über den ehemaligen Truppenübungsplatz mit den Amerikanern verhandelt werde, und dass auf der anderen Seite erst am Freitag, 27. Juli 1951 in Regensburg eine Tagung zur Wiederbesiedelung dieses Gebietes stattgefunden habe. Ein Dreijahresplan sehe den Ausbau als Siedlungsgelände im Bereich des ehemaligen Wehrmachtsplatzes mit einem Kostenaufwand von 10 – 15 Millionen Mark vor.



Einige Hartziele, so wie dieses Panzerwrack in der Nähe des Schauersteins erinnern heute noch an die großen Schießbahnen im Truppenübungsplatz Hohenfels, die wie hier bis in die 80-iger Jahre im scharfen Schuss vom Nachtfelsen aus über Pielenhofen hinweg genutzt worden waren..

Ein zweideutiges Telegramm!

Zweideutig war auch das Telegramm des Bayerischen Staatsministers Dr. Schlögl vom 16. August 1951 an die Gemeinde Nainhof- Hohenfels, dass die Gerüchte über die Wiedererrichtung des Übungsplatzes unrichtig seien, er regte dazu an, die Feldarbeiten fortzusetzen und begonnene Entschädigungsverfahren aus dem Übungsplatz der Wehrmacht weiter zu betreiben.

Die Heimatzeitung berichtet:

Am 18. August 1951 informierte die "Parsberg- Hemauer- Umschau" in einem zusammenfassenden Bericht der vergangenen Wochen " Man kann keiner deutschen Stelle einen Vorwurf machen, dass wertvollster Privatbesitz im Westen in einem Ausmaß in Anspruch genommen wird, dass es ein allzu schmerzliches Opfer für die betroffenen Gebiete bedeutet. Man muss sich unwillkürlich fragen, ob denn die Oberpfalz und hier in erster Linie der Landkreis Parsberg die europäische Verteidigung garantieren müsste."

Schon während und besonders in dieser "Spannungszeit" beschäftigten sich die politischen Parteien mit dem Für und Wider einer neuerlichen Einrichtung eines Truppenübungsplatzes. Dabei spielten die verschiedenen Auffassungen, wem die gesamte Truppenübungsplatzangelegenheit anzulasten oder erzielte Verhandlungserfolge zuzuschreiben sind, eine nicht unbedeutende Rolle.

Rundfunksendungen aus der DDR nutzten die Situation aus. Landräten und Bürgermeistern gingen per Post ostzonale Flugblätter und handgeschriebene Hetzbriefe zu. Auch eine in diesem Gebiet bisher unbekannte Agitation der KPD und anderer extremistischer Gruppen, unter denen sich auch einige Siedler befanden, versuchten, politische Emotionen anzuheizen.

Am 29. August 1951 trat die vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingesetzte Schätzkommission erstmals zusammen, um

einheitliche Richtlinien und Methoden für die Durchführung ihrer schwierigen und unter Zeitdruck kommende Arbeit festzulegen.



Politische Agitation extremer Gruppen schürte gegen die Ablösung. Hier eine Wandparole an der Scheune des Anwesens Nr. 45 von Anna Braun aus Pielenhofen. "Arbeiter und Bauern, Hand in Hand, schützen Deutsches Bauernland"

Mehr als 16000 Hektar wertvolles Land stehen zur Ablösung an!

Mehr als 16000 Hektar Grund und Boden, Gehöfte und Weiler, ja ganze Kirchdörfer und Gemeinden, Jahrhunderte alte Ansiedlungen, unter ihnen die ehemalige Hofmark Lutzmannstein und große Teile Hohenburgs sollten in den kommenden Monaten im Eildurchgang abgelöst werden.

Fortsetzung folgt.